

## **Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung**

**Wolfgang Gaiser, Martina Gille, Winfried Krüger, Johann de Rijke**

### **„Jugend und Demokratie“**

1. Einleitung
2. Bedeutung von Politik bei Jugendlichen
3. Einstellungen Jugendlicher zur Demokratie
4. Politisches Engagement
5. Konsequenzen – Herausforderungen

Literatur

#### **1. Einleitung**

Im Diskurs über das Verhältnis der Jugend zu Politik und Demokratie ist immer wieder die Rede von deren Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz. Dies äußert sich etwa in der These bzw. wohl eher rhetorischen Behauptung vom „Niedergang demokratischer Tugenden“ bei Jugendlichen. Dieser sei an der zunehmenden Zahl von „Wahlverweigerern“ abzulesen (Süddeutsche Zeitung, 6. Juni 2010). Charakteristisch ist an solchen Statements, dass sie meist in unklarer Weise auf Eigenschaften oder Einstellungsaspekte von Jugendlichen Bezug nehmen. Unklar bleibt dabei,

- auf welche Politikvorstellungen Bezug genommen wird, wenn ein geringes Interesse an Politik konstatiert wird, oder
- ob damit skeptische Einstellungen zur Politik überhaupt oder zu einzelnen Objekten der Politik gemeint sind oder ob es um Erwartungen an konkrete politische Handlungen geht oder
- ob damit schließlich ein Mangel an Beteiligung bei spezifischen Formen politischer Partizipation kritisiert wird, die aus einem traditionellen staatsbürgerlichen Verständnis heraus als notwendig angesehen werden.

In jedem Fall jedoch scheint es um eine Gefahr für die Demokratie oder die Staatsstrukturen oder gar schon um „Erosionen der parlamentarischen Demokratie“ zu gehen (Süddeutsche Zeitung, 15. November 2010). Im Folgenden sollen deshalb nun Differenzierungen in diesem Verhältnis von Jugend und Demokratie vorgenommen und empirisches Wissen dazu dargestellt werden.

## 2. Bedeutung von Politik bei Jugendlichen

Nach Almond und Verba (1963) zeichnen sich stabile Demokratien durch das Vorliegen einer Staatsbürgerkultur bzw. „civic culture“ aus. Diese ist gekennzeichnet durch positive Einstellungen der Bürger gegenüber ihrer eigenen Rolle im politischen Prozess. Hierzu gehören neben dem politischen Kompetenzbewusstsein die politische Informiertheit einer Person, ihr politisches Interesse, ihr Mediennutzungsverhalten und ihre interpersonale Kommunikation.

Politische Kompetenz stellt dabei erstens die psychologische Grundlage der politischen Beteiligung eines Individuums dar. Zweitens dürfte allein das Vorliegen eines hohen Maßes an politischer Kompetenz innerhalb der Bevölkerung die Rücksichtnahme der Regierenden auf die Wünsche der Bürger verstärken. Drittens schließlich kommt dem Gefühl der politischen Kompetenz eine zentrale, systemlegitimierende Funktion zu. Haben Staatsbürger das Gefühl, selbst auf politische Vorgänge Einfluss ausüben zu können, ist ihre Akzeptanz in der Regel auch gegenüber solchen Entscheidungen gewährleistet, die ohne ihre explizite Beteiligung erfolgen. Zu den subjektiven Dispositionen junger Menschen, die das Ausmaß politischer Involvierung, das heißt die Hinwendung bzw. die Distanz zur Politik, beschreiben, gehört zum einen die persönliche Wertschätzung von Politik in Relation zur Wichtigkeit von anderen Lebensbereichen, zum anderen das politische Interesse, das die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Belangen, also eher kognitive Aspekte der politischen Involvierung, erfasst und als eine wichtige Voraussetzung für politisches Engagement gilt. Beide Aspekte sollen im Folgenden in ihrer Bedeutung bei 16- bis 29-Jährigen seit Beginn der 1990er Jahre dargestellt werden.

Die persönliche Bedeutsamkeit von Politik bleibt, wie der Zeitvergleich zeigt, für junge Menschen peripher.<sup>1</sup> Politik gehört neben Kunst und Kultur sowie Religion für junge Menschen zu den weniger bedeutsamen Lebensbereichen.<sup>2</sup> Seit 1992 ist es bei einzelnen Lebensbereichen zu

---

<sup>1</sup> Die Daten entstammen dem Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sowie dem DJI-Survey AID:A 2009 „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (kurz AID:A). Beides sind große replikative Forschungsprojekte, die im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI durchgeführt werden (Projekthomepages: [www.dji.de/jugendsurvey](http://www.dji.de/jugendsurvey) und [www.dji.de/aida](http://www.dji.de/aida)). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung im Rahmen der Finanzierung des DJI. In den ersten beiden Wellen des DJI-Jugendsurveys, die 1992 und 1997 im Feld waren, wurden jeweils ca. 7.000 16- bis 29-jährige deutsche Personen befragt (Hoffmann-Lange 1995; Gille/Krüger 2000), in der dritten Welle 2003 ca. 9.100 12- bis 29-Jährige mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (vgl. Gille et al. 2006). Im DJI-Survey AID:A 2009 wurden aus 25.000 Haushalten alle Altersgruppen bis 55 Jahre befragt, 7.689 Personen in der Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren.

<sup>2</sup> Im Jugendsurvey sowie in AID:A wird die Wichtigkeit von zehn verschiedenen Lebensbereichen abgefragt. Bildet man eine Ex-post-Rangreihe für das Erhebungsjahr 2009 für alle Befragten im Alter von 16 bis 29 Jahren anhand von Mittelwerten (Mittelwerte einer Skala von 1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 6 = „sehr wichtig“), so stehen an erster Stelle „Eltern und Geschwister“ (5,5) und „Freunde und Bekannte“ (5,4). Als Nächstes folgen sehr dicht die Lebensbereiche „Partnerschaft“ (5,3), „Schul- und Berufsausbildung“, „eigene Familie und Kinder“, „Beruf und Arbeit“ und „Freizeit und Erholung“. Mit einem deutlichen Abstand folgen „Politik“ (4,0) und „Kunst und Kultur“ (3,9) und die geringsten Nennungen erhält „Religion“ (3,1).

Bedeutungszuwächsen gekommen – insbesondere bei den privaten Lebensbereichen wie „eigene Familie und Kinder“, „Partnerschaft“ und „Beruf und Arbeit“. Auch der Lebensbereich Politik erfährt 2009 eine höhere Wertschätzung. An der relativ niedrigen Position des Lebensbereichs Politik hat sich damit allerdings praktisch nichts geändert. Die subjektive Relevanz von Politik bleibt gegenüber den privaten Lebensbereichen wie Familie, Freundeskreis und Beruf nebensächlich. Ein wichtiger Einflussfaktor für die individuelle Bedeutung von Politik ist das Bildungsniveau. Jugendliche und junge Erwachsene mit höheren Bildungsabschlüssen schreiben der Politik mehr Bedeutung zu als diejenigen mit niedrigeren. Männliche Jugendliche räumen der Politik einen etwas höheren Stellenwert in ihrem Leben ein als weibliche.

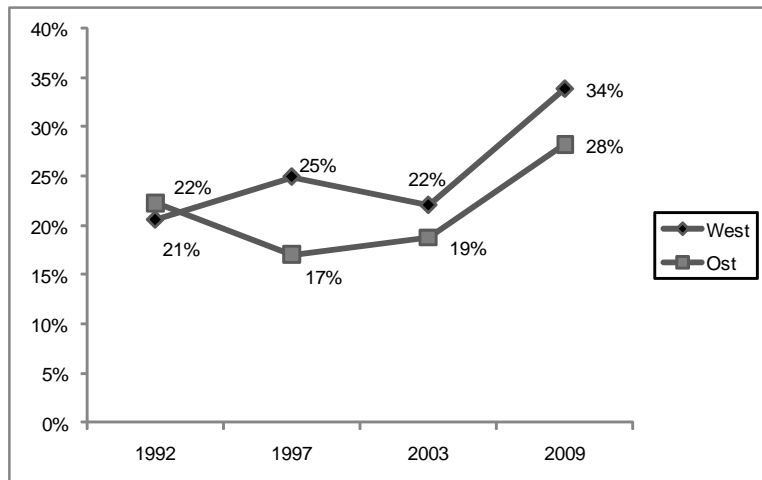
Das Interesse an Politik ist ein guter Gradmesser dafür, ob das politische Geschehen als etwas betrachtet wird, das so wichtig ist, dass man sich darüber informiert und sich gegebenenfalls auch dafür engagiert. Das politische Interesse der Bürger wird seit Beginn der 1950er Jahre in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, immer wieder und vor allem in den jüngeren Altersgruppen sehr dynamisch verändert (vgl. Gaiser/Gille/de Rijke 2006; Hoffmann-Lange/Gille 2008). Im Vergleich sind heute mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor gut drei Jahrzehnten. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war das politische Interesse dabei am höchsten, allerdings hat es bald danach deutlich nachgelassen. Mitte der 1990er Jahre war es fast wieder auf das Niveau der frühen 1980er Jahre gesunken. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland. Seit 1991 zeigt sich, dass das politische Interesse der unter 30-Jährigen immer unterhalb des Niveaus der erwachsenen Bevölkerung ab 30 Jahren liegt. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer.<sup>3</sup>

Betrachtet man die Entwicklung des politischen Interesses 16- bis 29-Jähriger anhand der DJI-Daten, so zeigt sich, dass nur zu Beginn der 1990er Jahre das Niveau des politischen Interesses bei west- und ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gleich hoch war (vgl. Abbildung 1). In den folgenden zwei Jahrzehnten zeigen sich zwar Schwankungen im Niveau, dabei ist das politische Interesse der jungen Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern aber immer geringer als das der westdeutschen Vergleichsgruppe. Auch in der 16. Shell-Jugendstudie wird aktuell ein Anstieg des politischen Interesses bei 12- bis 25-Jährigen zwischen 2006 und 2010 konstatiert (Shell Deutschland Holding 2010: 130 f.).

---

<sup>3</sup> Im Jahr 2008 ist, nach den Ergebnissen der ALLBUS, das politische Interesse in den alten Bundesländern stark angestiegen.

Abbildung 1: Sehr starkes/starkes politisches Interesse\* nach Region (in Prozent), 16- bis 29-Jährige, 1992–2009<sup>4</sup>



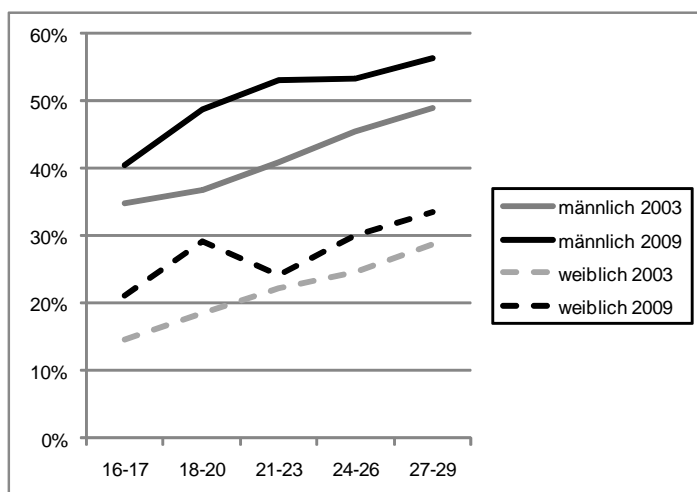
Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997, 2003 und AID:A-DJI-Survey 2009; 16- bis 29-Jährige, nur Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Außer der Differenz zur Erwachsenengeneration geht es beim Thema „Jugend und Demokratie“ immer auch um Fragen nach möglichen Alterseffekten innerhalb der Jugendphase sowie nach den Einflüssen von Geschlechtszugehörigkeit und Bildungsniveau. Aufmerksamkeit für politische Belange zu entwickeln, setzt eine gewisse Lebenserfahrung voraus. Die jüngeren Altersgruppen zeigen demgemäß ein deutlich geringeres politisches Interesse als die älteren. Die geringere politische Interessiertheit der Jüngeren hängt sicher wesentlich damit zusammen, dass das Verständnis für Politik auch das Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist, in dessen Verlauf Jugendliche sich Wissen aneignen, in öffentliche Räume hineinwachsen und schließlich Verantwortungsrollen im familiären, beruflichen und öffentlichen Bereich übernehmen. Zudem begünstigen der Erwerb höherer formaler Bildung und der damit einhergehende längere Verbleib in Bildungsinstitutionen die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber der Politik. Politisches Interesse und Bildungsniveau hängen dementsprechend eng zusammen: Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem starken politischen Interesse ist bei denjenigen mit Hochschulreife am größten und bei Hauptschülern mit oder ohne Abschluss am kleinsten.

<sup>4</sup> Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Antwortkategorien: sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht. Für die Darstellung sind die Prozentwerte für die Kategorien „sehr stark“ und „stark“ zusammengefasst. West + Ost: für 1992, 1997 und 2003 West = alte Bundesländer und Westberlin, Ost = neue Bundesländer und Ost-Berlin; 2009: West = alte Bundesländer und Berlin, Ost = neue Bundesländer.

In Abbildung 2 ist das politische Interesse in Abhängigkeit vom Alter der Befragten dargestellt.<sup>5</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass ein hohes Bildungsniveau nicht zu einer Annäherung der politischen Interessiertheit von jungen Frauen und Männern führt. Zwar hat die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten zu einer Erhöhung des Niveaus politischer Interessiertheit in der Bevölkerung geführt und generell unterstützen qualifizierte Bildungswege die Aufgeschlossenheit gegenüber Politik, aber diese Faktoren tragen offensichtlich eher zu einer verstärkten politischen Involvierung von Männern als von Frauen bei (vgl. Westle 2009). Trotz der Angleichung des Bildungsniveaus zwischen den Geschlechtern und des Wandels der Frauenrolle liegt das politische Interesse der Mädchen und jungen Frauen demgemäß nach wie vor deutlich unter dem der jungen Männer.

Abbildung 2: Höchste Bildungsgruppe (FH-Reife/Abitur): sehr starkes/starkes politisches Interesse nach Altersgruppen und Geschlecht (in Prozent), 2003 und 2009<sup>6</sup>



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003 und AID:A-DJI-Survey 2009; 16- bis 29-Jährige.

Generell ist Politik für junge Menschen in ihrer subjektiven Wahrnehmung, wie bereits gezeigt, ein peripherer Lebensbereich. Mit der Bildungsexpansion hat zwar auch das Interesse der jüngeren Menschen zugenommen, jedoch bleibt ein Abstand zur Erwachsenengeneration bestehen. Während es im Zeitverlauf zu ausgeprägten Schwankungen im politischen Interesse kommt, sind die Differenzen der politischen Interessiertheit bei den verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen ein konstantes Ergebnis: Die Jüngeren und Bildungsbenachteiligten sind

<sup>5</sup> Hier sind nur diejenigen Befragten berücksichtigt, die die Hochschulreife anstreben bzw. schon erworben haben.

<sup>6</sup> Das Bildungsniveau der Befragten: höchster erreichter, bei Schülern angestrebter Schulabschluss. Im DJI-Jugendsurvey und AID:A werden drei Bildungsniveaus unterschieden: bis maximal Hauptschulabschluss, mittlerer Abschluss, Fachhochschulreife bzw. Abitur.

weniger politisch interessiert als die Älteren und Höhergebildeten. Ob das gestiegene politische Interesse als Hinweis auf eine mögliche Repolitisierung der Jugendlichen in Deutschland verstanden werden darf, lässt sich noch nicht sagen. Auch die Autorengruppe der 16. Shell-Jugendstudie bleibt bei der Interpretation ihrer Ergebnisse vorsichtig: Die Jugendlichen seien zwar politikverdrossen und politikdistant, wären aber dennoch bereit, an politischen Aktionen teilzunehmen. Große, aber ebenfalls etwas unbestimmte Bedeutung messen die Shell-Autoren dabei dem Internet mit seinen verschiedenen Social Media bei. Das Fazit schließlich lautet, dass eine Repolitisierung von Jugendlichen „vor allem über prinzipiell nicht vorhersehbare Protestbewegungen“ möglich erscheine (Shell Deutschland Holding 2010: 49 f.).

### **3. Einstellungen Jugendlicher zur Demokratie**

Die Diskussion über Politikverdrossenheit hat in der Politikwissenschaft und in den Sozialwissenschaften dazu geführt, das Konzept der politischen Kultur und der politischen Unterstützung zur Klärung zu benutzen (Arzheimer 2002). In diesem Modell ist die Gesamtheit von Einstellungen zum politischen System und seinen Teilen sowie zur Rolle des aktiven Bürgers in diesem System aufeinander bezogen (Fuchs 2007, nach Almond/Verba 1963). Dabei lässt sich – als Ergebnis der Forschungen über die Jahre hinweg – eine gewisse hierarchische Ordnung von politischen Einstellungsobjekten vom Allgemeinen zum Besonderen feststellen, je nachdem, ob Einstellungen eher diffus oder mehr spezifisch sind (Arzheimer 2002). Unterschieden werden dabei Einstellungen zu grundlegenden Werten der Demokratie, zur Demokratie als politischem Ordnungsmodell der Gesellschaft, zum Funktionieren der Demokratie in der Praxis sowie zum Vertrauen in politische Institutionen. Schließlich werden Einstellungen zu den Inhabern politischer Positionen, also zu den Akteuren des politischen Systems, erfasst. Empirisch zeigt sich die Hierarchie des politischen Raums in der Regel darin, dass die Zustimmung vom Allgemeinen hin zu konkreten Objekten abnimmt. Die Demokratie als Herrschaftsmodell findet dementsprechend die breiteste Akzeptanz, geringer ist dann die Zufriedenheit mit der konkreten Praxis der Demokratie. Bei den Institutionen finden diejenigen, die nicht unmittelbar mit dem politischen Prozess verbunden werden, wie zum Beispiel die Gerichte und die Polizei, ein hohes Vertrauen, geringer ist das Vertrauen bei den Institutionen des Parteienstaates, also dem Parlament, der Regierung und den Parteien. Am wenigsten Zustimmung finden Politiker (Gabriel 2007).

Die empirischen Ergebnisse für Jugendliche und junge Erwachsene zeigen eine entsprechende Rangordnung (vgl. Tabelle 1). Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist eindeutig dominant. Dies erweist sich auch in hohen Zustimmungswerten, wenn man detaillierter nach

Grundprinzipien der Demokratie fragt – etwa nach der Meinungsfreiheit, der Demonstrationsfreiheit und auch, wenngleich etwas geringer, nach dem Recht auf politische Opposition und nach der Notwendigkeit politischer Kompromissbereitschaft (vgl. Gaiser/Gille/de Rijke 2009: 38 f.). Beim Vertrauen in Institutionen sieht man deutlich, dass in rechtsstaatliche Institutionen wie Gerichte und die Polizei stärkeres Vertrauen gesetzt wird, geringeres hingegen in parteienstaatliche Institutionen, hier den Bundestag, die Bundesregierung und die Parteien. Das geringste Vertrauen erhalten Politiker und Politikerinnen, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass sie den Eindruck vermitteln, den Wählerwillen nicht genügend zu berücksichtigen.

Tabelle 1<sup>7</sup>

Einstellungen zur Politik, nach West – Ost

(Mittelwerte)

	<i>insgesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
<i>Idee der Demokratie,</i>			
<i>Zustimmung</i>	84	85	79
<i>Demokratie in der BRD,</i>			
<i>Zufriedenheit</i>	57	59	49
<i>Rechtsstaatl. Institutionen,</i>			
<i>Vertrauen</i>	68	69	66
<i>Parteienstaatl. Institutionen,</i>			
<i>Vertrauen</i>	45	46	43
<i>Vertrauen in Politiker/-innen</i>	38	39	34

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Erheblich und deshalb nach wie vor von Interesse ist für die Bundesrepublik, inwieweit sich die Einstellungen zur Demokratie bei Jugendlichen in den westlichen Bundesländern von denen bei Jugendlichen in den östlichen Bundesländern unterscheiden. Betrachtet man die erwähnten differenzierten Indikatoren, so war kurz nach der Wende noch eine Vielzahl von Unterschieden zu beobachten, die sicher mit der noch sehr jungen Übertragung der bundesrepublikanischen

<sup>7</sup> „Bei der folgenden Frage geht es um die *Idee der Demokratie*. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind.“ Antwortvorgaben „sehr für ...“, „ziemlich für ...“, „etwas für ...“, „etwas gegen ...“, „ziemlich gegen ...“ und „sehr gegen ...“.

„Kommen wir nun zu der *Demokratie* in der Bundesrepublik Deutschland. Wie *zufrieden* oder wie *unzufrieden* sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht?“

Antwortvorgaben „sehr zufrieden“, „ziemlich ...“, „etwas ...“, „etwas unzufrieden“, „ziemlich ...“ und „sehr ...“.

„Ich lese Ihnen nun eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das *Vertrauen* ist, das Sie ihr entgegenbringen.“ Bundestag, Bundesregierung und politische Parteien werden hier als „parteienstaatliche Institutionen“, Gerichte, Bundesverfassungsgericht und Polizei als „rechtsstaatliche Institutionen“ gebündelt und Mittelwerte über diese Angaben gebildet. Die Einzelitems wurden mit 1 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 7 „sehr großes Vertrauen“ erhoben. *Vertrauen in Politiker*: Mittelwert aus den Items: „Ich glaube nicht, dass sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.“, „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“, „Die Politiker sind doch nur daran interessiert, gewählt zu werden, und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen.“, „Bei uns gibt es nur einige wenige Mächtige, und alle anderen haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“, Antwortskala jeweils von 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“, Mittelwert in der Richtung umgekehrt, so dass der Wert das „Vertrauen“ zum Ausdruck bringt. Für die Tabelle wurden alle Skalen der 5 Indices auf 0 bis 1 transformiert und dann die Werte mit 100 multipliziert.



Institutionen auf die neuen Bundesländer begründet war. Die damalige Erwartung einer raschen Angleichung der Einstellungen gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nur zum Teil noch in der DDR aufgewachsen waren, erfüllte sich jedoch nicht ganz. Die Annäherungen brauchten Zeit. Einige Differenzen haben sich im Osten nach wie vor erhalten, etwa die negativere Bewertung der Politiker und die geringere Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt. Dass dies gerade in der Gruppe der eher Bildungsbenachteiligten der Fall ist, ist ein Problem, welches weiterhin nicht zu vernachlässigen ist (Gaiser/Gille/de Rijke 2009). Man kann insbesondere nicht davon ausgehen, dass solche Differenzen nur für die Älteren gelten, die in der DDR aufgewachsen sind und daher mit besonderen Anpassungsproblemen konfrontiert waren. Die Aussage von „zwei getrennten politischen Kulturen“ aufgrund unterschiedlicher Einstellungen zu Demokratie und Politik kann sicher nicht generell formuliert werden. Jedoch bestehen weiterhin Unterschiede. Diese dürften allerdings besonders aus den sozioökonomischen Rahmenbedingungen Ostdeutschlands, den darauf bezogenen Wahrnehmungen der eigenen Situation sowie dem Gefühl relativer Deprivation gegenüber den Westdeutschen resultieren (siehe auch Pickel 2006). Die einfache Lösung der Ost-West-Angleichung durch die Generation, die von der früheren Gesellschaftsform der DDR nicht mehr geprägt worden ist, hat sich bisher nicht eingestellt. Eher muss man davon ausgehen, dass über eine Verbesserung der objektiven Umstände und eine daraus entstehende positive Interpretation relativer Gerechtigkeit in Verbindung mit der „unsichtbaren Hand der Generationenfolge“ eine nachhaltige Annäherung passiert (Falter 2009).

Bedacht werden sollte allerdings auch, dass nicht alle Differenzen sich notwendigerweise im Verlauf von Zeit aufheben müssen. Das zwischen Ost und West deutlich unterschiedliche Wahlverhalten kann und muss man wohl als unterschiedliche Einstellungssyndrome verstehen, in denen regional unterschiedliche Erwartungen an Gesellschaft und Politik zum Ausdruck kommen. So verstanden sind solche Differenzen für die Politik möglicherweise ein wichtiger Input, nicht aber notwendigerweise ein Problem, das dazu herausfordert, Unterschiede zu beseitigen. Aus einem weiteren Blickwinkel wird ja durchaus deutlich, dass andere Ländern in Europa wie zum Beispiel Großbritannien, Belgien oder die Schweiz mit ihren internen politischen, ökonomischen oder kulturellen Unterschiedlichkeiten sehr wohl demokratisch leben (Arzheimer 2006).

Die Ergebnisse aus den DJI-Jugendsurveys werden durch neuere Daten erhärtet, so durch die der ALLBUS 2008.<sup>8</sup> In dieser Studie, die die Bevölkerung ab 18 Jahren in der Bundesrepublik

---

<sup>8</sup> Mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur mit einem teils

Deutschland erfasst, finden sich die fünf im Jugendsurvey verwendeten Konzepte aus der politischen Kulturforschung vergleichbar wieder. In der Tabelle 2 werden die Ergebnisse für die 18- bis 29-Jährigen wiedergegeben. Auch sie zeigen die Hierarchie der positiven Einstellungen zu den verschiedenen Objekten der Politik. Im Großen und Ganzen werden – im Vergleich zu 2003 – wenig Veränderungen der Einstellungen erkennbar. Die Zufriedenheit mit der Demokratie hat etwas zugenommen, aber insbesondere hier ist eine gleichbleibende Ost-West-Differenz deutlich. Bei einem Vergleich mit den über 29-Jährigen der ALLBUS-Studie, also der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik, ergeben sich nur geringfügig andere Ergebnisse: Die Erwachsenen bekunden sogar ein etwas geringeres Vertrauen in parteienstaatliche Institutionen und in Politiker. Eine grundsätzlich größere Politikdistanz der Jüngeren gegenüber den Älteren, wie immer wieder kritisiert wird, bestätigt sich hier also nicht.

Tabelle 2<sup>9</sup>  
 Einstellungen zur Politik, nach West – Ost (18 bis 29-  
 Jährige)  
 (Mittelwerte)

	<i>insgesamt</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
Idee der Demokratie, Zustimmung	86	87	82
Demokratie in der BRD, Zufriedenheit	64	67	53
Rechtsstaatl. Institutionen, Vertrauen	62	62	60
Parteienstaatl. Institutionen, Vertrauen	46	47	44
Vertrauen in Politiker/-innen	39	40	34

Quelle: ALLBUS 2008  
 (eigene Berechnungen)

In den Shell-Jugendstudien schließlich findet man ebenfalls Hinweise auf die oben genannte Struktur der politischen Einstellungen (vgl. Shell Deutschland Holding 2010). Auch dort wird betont, dass bei der Jugend (hier die 15- bis 25-Jährigen) keine grundsätzliche Distanz zur Idee der Demokratie bestehe. Vertrauen in von der Alltagspolitik unabhängige Institutionen wie Gerichte, Polizei, aber auch Umwelt- und Menschenrechtsgruppen ist relativ stark ausgeprägt, Vertrauensverlust bzw. ein gleichbleibend niedriges Vertrauensniveau wird demgegenüber für die Parteipolitik und deren Repräsentanten konstatiert. Darüber hinaus wird ein geringes und

<sup>9</sup> Die Fragen und Antwortkategorien in der ALLBUS sind wie die im Jugendsurvey bei: Idee der Demokratie (Frage leicht anders: „Bei der folgenden Frage geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die IDEE DER DEMOKRATIE“), Zufriedenheit mit der Demokratie, Vertrauen in die rechtsstaatlichen (statt „Gerichten“ hier „Justiz“) und die „parteienstaatlichen“ Institutionen.  
 Vertrauen in Politiker: Mittelwert aus „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.“, „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“, Antwortvorgaben „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“, Items so gepolt, dass der Wert das „Vertrauen“ zum Ausdruck bringt.  
 Skalentransformationen wie bei Tabelle 1.

tendenziell schwindendes Vertrauen dem Wirtschaftssektor, das heißt großen Unternehmen und Banken, entgegengebracht (ebd.: 141 f.). Für die Demokratiezufriedenheit, die insgesamt über die letzten zehn Jahre relativ stabil geblieben ist, spielt die soziale Lage eine große Rolle. Ein bedeutsames Untersuchungsergebnis ist weiterhin, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund der Demokratie als Staatsform mit fast ebenso großem Anteil zustimmen wie die deutschen Jugendlichen (ebd.: 139).

Was sind die Faktoren, die auf die demokratischen Orientierungen von Jugendlichen Einfluss nehmen? Als zentral wird hier vor allem die prinzipielle Haltung gegenüber der Idee der Demokratie betrachtet (zum Folgenden vgl. Gaiser/Krüger/de Rijke 2009). Es erweist sich, dass Bildung nicht nur für das berufliche Fortkommen sowie für zukunftsorientierte persönliche Strategien von Bedeutung ist, sondern auch für die Ausbildung und Stärkung demokratischer Tugenden. Die Annahme darüber hinaus, dass durch Aktivitäten und Verantwortungsübernahme in Vereinen und Verbänden eine deutliche Stärkung demokratischer Bürgertugenden erfolgte, Vereine und Verbände in diesem Sinne also für Jugendliche und junge Erwachsene gewissermaßen als „Schulen der Demokratie“ fungieren würden (Putnam 1993), lässt sich empirisch in dieser prononcierten Weise nicht bestätigen: Diese Annahme erhält nur eine schwache, im Vergleich zu anderen Einflussgrößen nachgeordnete Bestätigung. Die Bedeutung von Vereinen und Verbänden liegt wohl weniger darin, dass sie mit ihren Angeboten breite Grundlagen für demokratische Orientierungen schaffen, als vielmehr darin, Handlungsstrukturen für Beteiligung zur Verfügung zu stellen. Als ein wichtiger Einflussfaktor für demokratische Orientierungen Jugendlicher zeigt sich die Eingebundenheit in soziale Netze, die politisch ausgerichtet sind oder in denen Politik zumindest zeitweilig Gesprächsthema ist. Engagement von Jugendlichen verschafft sich nicht nur – kontinuierlich und institutionell gebunden – wie bei traditionellen Vereinen und Verbänden, sondern gerade auch in freieren Formen politisch orientierter Gruppierungen Ausdruck (siehe Abschnitt 4). Zudem zeigt sich, dass staatsbürgerschaftliche Orientierungen bei Jugendlichen generell auch davon abhängen, wie zufrieden sie mit ihrer ökonomischen und sozialen Lebenssituation sind und wie subjektiv gelungen sie ihre soziale Verortung in der Gesellschaft erleben. Dies hängt wiederum stark vom Eindruck der Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung und dem Grad von Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Zukunft ab. Das bedeutet, dass demokratiepositive Einstellungen individuell auch stark mit ökonomisch günstigen Entwicklungen und einem Klima sozialer Gerechtigkeit verknüpft sind (Gaiser/Gille/de Rijke 2009). Vermittelt damit bleibt aber auch Bildung als gesellschaftlich wichtiges Differenzierungselement für Berufs- und Lebenschancen ein zentraler Faktor, der auf die Haltung zur Demokratie bei Jugendlichen Einfluss nimmt. Im DJI-

Jugendsurvey erweist sich das daran, dass von 1992 auf 2003 die Zufriedenheit mit der Demokratie bei Befragten mit formal geringer Schulbildung am stärksten zurückging.

Die Haltungen von Jugendlichen gegenüber der Demokratie lassen sich noch in einer anderen Weise anschaulich machen. Klingemann (Klingemann 2000) hat das Spannungsverhältnis zwischen dem Ideal der Demokratie einerseits und der Wahrnehmung und Bewertung des realen demokratischen Prozesses in der Gesellschaft andererseits zueinander in Beziehung gesetzt und daraus eine Typologie „kritischer Demokraten“ entwickelt. Dieses Konzept wurde anhand der Daten des DJI-Jugendsurveys 2003 aufgenommen (de Rijke et al. 2006), indem die Einstellungen in den beiden Dimensionen der Demokratie im Analysekonzept so kombiniert wurden, dass dabei vier Haltungen gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik zu unterscheiden sind. Die positive Einstellung gegenüber beiden Demokratiedimensionen konstituiert die Gruppe der zufriedenen Demokraten, die Jugendlichen, die dagegen Unzufriedenheit bzw. Ablehnung sowohl gegenüber der Realität wie auch gegenüber dem Ideal der Demokratie bekunden, bilden die Gruppe der Demokratiedistanzierten. Die Gruppe der kritischen Demokraten schließlich bewertet die Demokratieidee positiv, ist aber unzufrieden mit ihrer praktischen Umsetzung.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Die weitere Gruppe dieser Typologie, die Kombination nämlich von Zufriedenheit mit der Demokratie, aber Ablehnung der Demokratie als Regierungsform, ist nur schwer interpretierbar und zumeist empirisch kaum vorhanden; sie wird hier deshalb nicht weiter berücksichtigt.

Tabelle 3: Typen von Demokratieeinstellungen  
(Spaltenprozent)\*

	<b>West</b>			<b>Ost</b>		
	1992	1997	2003	1992	1997	2003
<i>Zufriedene Demokraten</i>	49	46	35	30	22	19
<i>Kritisch-unpolitische Demokraten</i>	16	15	23	22	24	23
<i>Kritisch-politische Demokraten</i>	26	24	28	30	27	30
<i>Distanzierte</i>	9	14	14	17	28	28
<i>n</i>	4.197	4.005	4.057	2.369	2.235	2.014

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997  
und 2003

Betrachtet man die kritischen Demokraten, die etwa die Hälfte aller Befragten ausmachen, unter den zusätzlichen Bedingungen, ob sie am politischen Geschehen interessiert sind oder nicht und ob sie sich auch zurechnen, dieses Geschehen zu verstehen, so führt das zu einer Zweiteilung dieser Gruppe in einen eher konstruktiv-aktiven Teil und einen, politisch gesehen, eher passiven Teil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die Verteilung der Demokratietypen im DJI-Jugendsurvey von 2003 zeigt, dass die kritischen Demokraten insgesamt etwa die Hälfte der Befragten ausmachen, in West- wie in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 3). Dabei sind die kritisch-politischen Demokraten etwas häufiger vertreten als die kritisch-unpolitischen. Deutliche Unterschiede zwischen West und Ost gibt es hingegen bei den zufriedenen Demokraten und der Gruppe der sogenannten Distanzierten: Erstere sind im Westen mit deutlich höherem Anteil zu finden, die Distanzierten sind dagegen in den neuen Bundesländern doppelt so stark wie in den alten. Hierin kommen bei den jungen Menschen in den neuen Bundesländern – nach mehr als einem Jahrzehnt seit der Wende – eine deutlich stärkere Unzufriedenheit mit der Realität wie auch eine geringere Zustimmung zur Idee der Demokratie zum Ausdruck.

Bei weiteren Analysen zeigt sich, dass die Faktoren Alter, Geschlecht und Bildung auf die Verteilung der einzelnen Gruppen dieser Typologie in erwartbarer Weise Einfluss nehmen. Ebenso wirken sich die unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnisse, in denen die

Jugendlichen leben und die sie mit Blick auf andere Personen und Gruppen bewerten, auf ihre Haltung gegenüber Idee und Realität von Demokratie aus. Zusammengefasst gilt: Wenn sich jemand in seinen Lebensverhältnissen benachteiligt wahrnimmt, verringert sich seine positive Einschätzung der Idee der Demokratie und die Unzufriedenheit mit der realen Demokratie nimmt zu. Darüber hinaus erweist sich, dass das zuversichtliche oder das eher verzagte emotional-kognitive Selbstverständnis, das jemand gegenüber sich und seinen Lebensverhältnissen entwickeln konnte, Einfluss auf die Einstellungen zur Demokratie nimmt. Starke Verunsicherung in diesem Sinne findet sich häufiger bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Gruppe der kritisch-unpolitischen Demokraten und der Distanzierten.

Im Zeitverlauf wird deutlich, dass die Gruppe der kritisch-demokratischen Jugendlichen ihre Größe relativ stabil beibehält, dass sich aber sonst die Verteilungen der Jugendlichen auf die Typologie im Zuge zunehmender Unzufriedenheit mit der Demokratie in der vereinigten Bundesrepublik merklich verändert: Im Osten nimmt die Distanz zur Demokratie zu und lässt damit die Gruppe der Distanzierten anwachsen, im Westen dagegen führt die größere Unzufriedenheit zu einer eher kritisch-unpolitischen Haltung und vergrößert dementsprechend diese Gruppe. Die kritisch-politischen Demokraten können als ein Potential für Verbesserungen im Prozess der Demokratie angesehen werden, während dies im Hinblick auf die Gruppe der kritisch-unpolitischen weniger gelten dürfte. Die Demokratiedistanzierten dagegen, also die stärker bildungsbenachteiligten Jugendlichen, bei denen auch die Verunsicherung und der Eindruck, nicht in gerechtem Umfang am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt zu sein, ausgeprägt sind – diese Gruppe zeigt weniger Vertrauen in das politische System und seine Repräsentanten und in die Institutionen etablierter Politik. Sie sehen sich selbst dementsprechend auch kaum als Akteure in einer „civic society“.

#### **4. Politisches Engagement**

Demokratie bedeutet im Kern die Macht oder die Herrschaft des Volkes, das heißt, dass die Bürger sich selbst regieren, entweder durch unmittelbare Beteiligung an den zentralen allgemeinen Entscheidungen oder durch ein Repräsentationsverfahren wie in den modernen Demokratien. Damit gewinnen Handlungen der Bürger, welche auf solche Beteiligung abzielen, also von den Bürgern ausgehende Wahlen zur Bestimmung der Repräsentanten für die Ausführung demokratischer Herrschaft, eine zentrale Bedeutung für die Demokratie. Über diese Kernaktivitäten der Bürger in einer Demokratie hinaus hatte sich seit den 1970er Jahren eine Erweiterung des Partizipationsrepertoires in westlichen Demokratien herausgebildet. Hierbei sind neben die wahlbezogenen und parteibezogenen Aktivitäten Protestaktionen,

Mobilisierungsaktivitäten, eine durch die Bildungsexpansion verstärkte Beachtung des Politischen und eine veränderte Gewichtung von grundlegenden Werten hin zu „postmaterialistischen“ Werten getreten. Die enge Blickrichtung ausschließlich auf Wahlen als demokratiegarantierend hat sich damit erweitert. Es wird sogar davon gesprochen, dass der Charakter der Demokratie sich verändert habe, von der repräsentativen Demokratie hin zu einer „monitorischen Demokratie“<sup>11</sup> (Keane 2009a, 2009b). Dies bedeutet die Erweiterung eines Demokratieverständnisses, welches annimmt, dass die Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger ausschließlich durch gewählte parlamentarische Repräsentanten über Aktivitäten politischer Parteien im politischen Prozess befriedigt werden. Hierbei spielen Aktivitäten und Gruppierungen, welche die konkrete Politik kritisch und genau beobachten und eigene Organisationen entwickeln, eine zusätzliche legitimierende Rolle im politischen Prozess. Ein Beispiel hierfür aus jüngster Zeit ist die Protestbewegung gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Die Gruppen, die sich in diesem Protest zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen, lassen sich mit Kategorien traditioneller demokratischer Strukturen nur teilweise erfassen. Ihre kritische Kontrollfunktion gegenüber dem etablierten politischen Prozess mit seinen diversen demokratischen Entscheidungsträgern und seinen Verfahrensregeln ist allerdings offensichtlich und nach konfliktreichem Vorlauf auch anerkannt. Faktisch hat sich damit – zumindest im Rahmen der Schlichtungsgespräche – das Ensemble von Entscheidungsträgern erweitert.

Solche und andere Erweiterungen des Repertoires politischer Instanzen und deren Akteure und auch des Regelwerkes, dem der politische Prozess gehorcht, mögen in Einzelfällen stattfinden, sich als neues Systemelement etablieren oder auch wieder verlieren. Allemal wird damit die traditionelle demokratisch-parlamentarische Ordnung nicht aufgehoben oder prinzipiell verändert, vielleicht aber im Zuge einer „Demokratisierung der Demokratie“ (Roth 2010: 614) modifiziert. Allgemeine, gleiche und geheime Wahlen zum Beispiel sind und gelten deshalb nach wie vor als Inbegriff demokratischer Beteiligung und spielen daher im politischen Prozess aller modernen Demokratien eine zentrale Rolle. Das Wahlverhalten der jüngeren Wählergruppen, also der Erstwähler und der Zweitwähler, steht deswegen aber immer wieder auch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Insbesondere wohl deswegen, weil die Wahlbeteiligung zuweilen als Hinweis auf ein abnehmendes Interesse von Jugendlichen an der Politik verstanden wird. Denn die Ergebnisse zu den Wahlen, wie sie in der repräsentativen Wahlstatistik nach Altersgruppen aufgeschlüsselt werden, belegen regelmäßig, dass die jüngeren Wähler nicht in geringerem Maße wählen gehen als die Bevölkerung über 30. Nun ist aber seit den 1980er

---

<sup>11</sup> Der Terminus bei Keane selbst ist „monitory democracy“.



Jahren generell eine Abnahme der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen und auch bei Landtags- und anderen Wahlen in der Bundesrepublik festzustellen. Das „Jungwählerdefizit“, also der Abstand der Wahlbeteiligung bei den jüngeren Wählergruppen zum Gesamt der Wahlbeteiligung, hat zwar mit der Wahl 2002 etwas zugenommen gegenüber 1987, ist dann jedoch wiederum gleich geblieben (Hoffmann-Lange/de Rijke 2010: 88 ff.; Der Bundeswahlleiter 2010). Die Gründe für die Abnahme der Wahlbeteiligung in der Bevölkerung – und damit auch bei den älteren Wählergruppen – sind etwa die geringere Verbindlichkeit der Wahlnorm, rückläufige Parteibindungen und auch die schwächer gewordene parteipolitische Polarisierung. Es lässt sich also aus der schon immer geringeren Wahlbeteiligung der Jüngeren nicht ableiten, dass deren „Politikverdrossenheit“ zugenommen hätte.

In der Partizipationsforschung werden angesichts des vielfältigen und breiten „Repertoires“ politischer Verhaltensweisen junger Menschen unterschiedliche Typen kategorial gegeneinander abgegrenzt: Bürger können neben institutionell-konventionellen Formen der Beteiligung, wie dies zum Beispiel Wahlen sind, auch unkonventionelle Formen nicht institutionalisierter Beteiligung – wie zum Beispiel Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und politisches Konsumverhalten etc. – nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und um am politischen Leben teilzuhaben. Manche Partizipationsformen, wie zum Beispiel die Mitarbeit in einer Partei, setzen ein kontinuierliches Engagement voraus, andere kommen in punktuellen Aktionen zum Ausdruck, weil es dabei um politische Handlungen und Positionsbekundungen geht, die nur einen zeitlich begrenzten Aufwand erfordern und der Unterstützung oder Artikulation politischer Ziele dienen. Im Folgenden werden die Aktivitäten und die Bereitschaft dargestellt. Die tatsächlich ausgeübten Aktivitäten hängen von Gelegenheitsstrukturen, situativen Faktoren und der Aktualität politischer Themen ab. Die Handlungsbereitschaft zeigt demgegenüber einstellungsbetonte Verhaltensneigungen und vermittelt damit immerhin ein Bild für potentiell Verhalten. Die Differenzen zwischen beiden sind zumeist beträchtlich.

Die Beteiligung an Wahlen steht mit Abstand an erster Stelle der Partizipationsformen, zu denen Bereitschaft bekundet wird (vgl. Tabelle 4). Von nahezu allen jungen Menschen wird offensichtlich das Wählen als die wichtigste und selbstverständlichste Form demokratischer Beteiligung und politischer Einflussnahme angesehen. Die Beteiligung an Unterschriftensammlungen steht an zweiter Stelle der in Betracht gezogenen Partizipationsformen, gefolgt von der Bereitschaft, sich an genehmigten Demonstrationen zu beteiligen und sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen zu beteiligen. Die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen wäre aus politischen, ethischen oder Umweltgründen auch zum



sogenannten Boykott bereit, also dazu, systematisch Waren zu boykottieren oder zu kaufen, ebenso viele können sich vorstellen, sich an einer Online-Protestaktion zu beteiligen. Auch politisch motivierte Mitarbeit in einer Bürgerinitiative können sich fast zwei Fünftel vorstellen. Andere institutionalisierte Partizipationsformen wie die aktive Mitarbeit in einer Partei finden sich demgegenüber deutlich weniger im Verhaltensrepertoire junger Menschen. Noch seltener ist die Bereitschaft zu politischen Aktionen, die sich wie zum Beispiel die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration an der Legalitätsgrenze bewegen.

Tabelle 4: Politische Partizipation: Bereitschaften und Aktivitäten, 18- bis 29-Jährige (in Prozent)<sup>12</sup>

	kommt in Frage	bereits gemacht
Sich an Wahlen beteiligen	94	87
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	87	75
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	65	43
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	53	34
Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen	51	37
Sich an einer Online-Protestaktion beteiligen	50	25
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	39	5
In einer Partei aktiv mitarbeiten	22	4
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	20	7

Quelle: AID:A – DJI-Survey 2009 (gewichtet);

n = 6.454

Betrachtet man die Handlungsbereitschaften im Vergleich zum tatsächlichen Handeln, so zeigt sich, dass außer bei der Beteiligung an Wahlen und Unterschriftensammlungen erhebliche Diskrepanzen zwischen Bereitschaften und ausgeübten Aktivitäten bestehen (vgl. Tabelle 4). Diese Diskrepanzen lassen sich vermutlich mit bisher fehlenden Gelegenheitsstrukturen erklären. Sie verweisen aber gleichzeitig auf hohe Engagementpotentiale, deren Realisierung gezielt gefördert werden könnte.

<sup>12</sup> Frage: „Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen: Welche der Möglichkeiten käme für Sie in Frage und welche nicht?“ Für alle genannten Bereitschaften erfolgte dann die Nachfrage: „Welche der genannten Möglichkeiten haben Sie schon einmal gemacht bzw. waren Sie schon einmal beteiligt?“ Dargestellt sind die Anteile von „kommt in Frage“ und „bereits gemacht“ an allen Befragten.

Bei der Analyse von möglichen Gründen, die der Realisierung von Engagementpotentialen im Wege stehen, stößt man schnell auf die Bedeutung von Faktoren wie dem politischen Interesse, dem Bildungsniveau, der Geschlechtszugehörigkeit oder Ost-West. Es zeigt sich nämlich, dass politisch interessierte junge Menschen sich häufiger an einer breiten Palette von Partizipationsformen beteiligt haben als diejenigen, die sich als politisch desinteressiert bezeichnen. In gleicher Weise erhöhen hohe Bildungsressourcen die Wahrscheinlichkeit, ein breites Spektrum von politischen Aktivitäten ausgeübt zu haben. Geschlechtsspezifische Verhaltensprofile verdeutlichen dagegen die unterschiedlichen Zugangsweisen von jungen Frauen und jungen Männern: Parteiarbeit – sowohl potentiell wie tatsächlich – ist eher Männersache ebenso wie ein Auftreten in öffentlichen Versammlungen. Auch beteiligen sich an Online-Protestaktionen deutlich mehr männliche Jugendliche. Interessant ist, dass sich junge Frauen häufiger an Unterschriftensammlungen sowie an Aktionen des politischen Konsums beteiligen. West- und ostdeutsche junge Menschen unterscheiden sich hinsichtlich ihres Partizipationsprofils kaum. Nur im Hinblick auf den politischen Konsum zeigt sich eine größere Zurückhaltung bei den jungen Bürgern aus den ostdeutschen Bundesländern.

Im Zeitvergleich der Daten des DJI-Jugendsurveys seit 1992 wird ein relativ stabiles Beteiligungsprofil deutlich. Es zeigt sich eine leichte Zunahme bei der „Beteiligung an Unterschriftensammlungen“, eine leichte Abnahme bei der „Beteiligung an nicht genehmigten Demonstrationen“ sowie bei der „Mitarbeit in Bürgerinitiativen“. Die stärkere politische Mobilisierung der jungen Ostdeutschen, die auch nach der Wende noch zu beobachten war, ist heute nicht mehr vorhanden. Es ist zu einer weitgehenden Angleichung zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern gekommen.

Die These, dass das Engagement von Jugendlichen oft zeitbegrenzt, projektbezogen und wenig durch kontinuierliche Arbeit in hierarchischen Institutionen geprägt sei, verweist auf den dynamischen Charakter von Engagement. Empirisch liegt hierzu noch wenig quantitativ vor, eher sind es qualitative Berichte, die diesen Engagementcharakter beschreiben. Ein Beispiel aus den Jugendsurvey-Daten des DJI kann hier einen ergänzenden Hinweis geben (de Rijke 2009). In einer Studie 2007 wurde eine Stichprobe aus der Erhebung von 2003 noch einmal befragt, so dass für diese Gruppe von Personen Antworten aus beiden Erhebungsjahren vorlagen. So wurde nach der Aktivität in solchen informellen Gruppierungen gefragt, die politische Ziele verfolgen und von ihren Ursprüngen her aus den neuen sozialen Bewegungen stammen. Vorgegeben waren dabei Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, Globalisierungskritiker wie zum Beispiel Attac sowie Stadtteil- oder regionale Initiativen. Es zeigte sich, dass jeweils zu einem der beiden

Zeitpunkte maximal 25 % der Befragten aktiv waren. Es waren aber nur 7,5 % zu beiden Zeitpunkten aktiv, die anderen also entweder nur zum ersten oder nur zum zweiten Zeitpunkt. Nicht aktiv zu beiden Zeitpunkten waren 66 %. Dies erlaubt aber, darauf zu schließen, dass von allen Befragten in einem der beiden Jahre 34 % aktiv waren – also deutlich mehr, als bei einer Querschnittsbetrachtung in den Blick kommt (de Rijke 2009: 231 f.).

Wenn man derart „kontinuierliches“ politisches Handeln von nur zeitbezogenem unterscheidet, so kommt man zu unterschiedlichen Aussagen über politische Partizipation.<sup>13</sup> Einerseits ist das kontinuierliche Engagement in solchen Gruppierungen geringer als das, welches man zu einem Zeitpunkt erfasst. Jedoch wird zeitlich begrenztes Engagement von deutlich mehr jungen Menschen eingegangen, als es eine nur zu einem Zeitpunkt durchgeführte Erhebung vermuten ließe. Das heißt aber, man kann bei dieser Art begrenzter Partizipation mit einem größeren Reservoir rechnen. Damit werden die in Studien zu jungem Partizipationsverhalten formulierten Hinweise auf ein spezifisches, zeitlich begrenztes, projektbezogenes und nicht kontinuierliches Engagement empirisch unterstützt. Und Fragen einer gruppenspezifischen, jugendadäquaten, diese zeitliche Begrenzung beachtenden Mobilisierung von Jugendlichen werden damit besonders wichtig.

## **5. Konsequenzen – Herausforderungen**

Betrachtet man das Verhältnis der Jugend zu Politik und Demokratie systematisch und anhand neuerer empirischer Forschungsergebnisse, so erweist sich, dass Etikettierungen jugendlicher Haltungen mit „Politikverdrossenheit“ oder „Demokratiedistanz“ viel zu pauschal sind und differenzierende Forschungsergebnisse dabei zu wenig berücksichtigt werden. Wollen Praxis und Politik ein positives Verhältnis der Jugend zur Demokratie erhalten oder gar stärken, so müssen die Besonderheiten anerkannt werden, mit denen Jugendliche sich auf Demokratie und Politik beziehen. Das heißt, es muss gesehen werden, dass Jugendliche sich auf den traditionellen politischen Alltag mit seinen institutionellen Rahmenbedingungen, mit seinen Entscheidungsverläufen, seinen Hierarchien, seinen Kommunikationsritualen, seinem Zeithorizont eher nicht einlassen mögen. Stattdessen bevorzugen sie zeitbegrenzte, projektbezogene, wenig durch kontinuierliche Arbeit in hierarchischen Zusammenhängen festgelegte Aktionen. Ihr Engagement hat so gesehen einen dynamischen Charakter. Es begleitet die Jugendbiographie deshalb auch nicht beständig, sondern diskontinuierlich, weil anderes im Verlauf des Heranwachsens mit seinen hohen Anforderungen an Ausbildung und

---

<sup>13</sup> Auch bei der Betrachtung von bürgerschaftlichem Engagement in einem weiteren Sinne konnten in einer Panelanalyse bei einem Abstand von vier Jahren hohe Zugangs- und Abgangsquoten festgestellt werden, bei relativ konstantem Querschnittsengagement, es findet sich also ein Hinweis auf ein nicht unbeträchtliches Engagement, welches nur befristet ausgeübt wird (Alscher et al. 2009: 37 f.).

soziale und ökonomische Verortung auch gar nicht möglich wäre. Die Grundhaltung ist aber dennoch politisch. Und ein Großteil Jugendlicher und junger Erwachsener ist positiv auf die demokratischen Grundwerte bezogen, allerdings mit kritischem Vorbehalt dann, wenn die Realität, was zum Beispiel soziale Gerechtigkeit angeht, dem Selbstanspruch der Gesellschaft nicht genügt.

Will man junge Menschen kognitiv, emotional und durch positive Handlungserfahrungen in ihrer Rolle als wissende, engagierte und handelnde Demokraten stärken, so sind die unterschiedlich institutionalisierten Kontexte von Bildung zu beachten. Kompetenzerwerb im Bildungssystem ist nicht nur biographierelevant, sondern auch bedeutsam für die Ausbildung demokratischer Orientierungen und partizipatorischer Handlungsbereitschaften. Die heute oft erkennbare Tendenz, Jugend nur auf ihre zukünftige Rolle eines kompetenten Arbeitskraftunternehmers vorzubereiten, greift entscheidend zu kurz und wäre ein Risiko auf Systemebene, weil Krisen und individuelle Belastungen dann möglicherweise in einem subjektiven Kurzschluss der geringen Outputleistung der Demokratie angelastet würden, und auf der individuellen Ebene, weil Mitwirkungs-, Gestaltungs- und soziale Integrationschancen nur ungenügend wahrgenommen werden könnten. Vereine und Verbände bieten ein Übungsfeld für demokratisches Handeln. Ihre Bedeutung liegt aber weniger darin, mit ihren Angeboten breitenwirksam Basics für demokratische Orientierungen zu schaffen, als vielmehr darin, Handlungsstrukturen für Beteiligung zu generieren. Wichtig sind außerdem politisch orientierte oder zumindest nicht politikabgewandte soziale Netze.

Schließlich und hochkomplex mit Aspekten eines neuen „Demokratie-Experiments“ (Geißler 2010) bei der Schlichtung zum umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21 verbunden, stellt sich die Frage, wie angesichts der spezifischen Engagementbereitschaft von Jugendlichen Bildungsanstrengungen bürgergesellschaftlichen Motivationen und Handlungen Rechnung tragen können: nicht nur kontinuierlich und institutionell gebunden, sondern auch in freieren, alternativen und spontaneren Formen. Historisch-theoretische Analysen zur Entwicklung von Demokratien (Keane 2009a, 2009b) betonen neuere Elemente einer „monitory democracy“, womit das aufmerksame Beobachten von Politik gemeint ist sowie die Verbreiterung machtkontrollierender Mechanismen und Netzwerke, wie sie funktional etwa Foren, Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen darstellen. In diesen können gerade junge Menschen eine wichtige Rolle spielen, und zwar nicht nur in ihrem, sondern gerade auch im gemeinschaftlichen Interesse (Leaman/Wörsching 2010).

Was folgt daraus in politisch-praktischer Hinsicht? Zumindest auf zwei Ebenen lassen sich für eine Politik der Demokratiestärkung und ihre Weiterentwicklung Konsequenzen angeben. Zum einen würde eine breite kognitive Mobilisierung im Bildungssystem dessen Einfluss auf das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zu Demokratie und Politik in einer wünschenswerten Weise verstärken. Dies dürfte allerdings nicht nur heißen, „demokratisches Grundwissen“ durch mehr und eventuell auch anderen Sozialkundeunterricht zu vermehren. Vielmehr müsste es vor allem darum gehen, bereits in der Schule demokratische Praxis durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler stärker zu etablieren (Reinhardt 2002). Hierzu könnte gerade angesichts der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaatlichen auch gehören, die kognitiv-abstrakte Informationsvermittlung über die europäische Integration zu ergänzen durch eine Ebene der praktischen Erfahrung, zum Beispiel durch Jugendaustauschmaßnahmen. Die bildungspolitische Zielsetzung darf sich also nicht darauf beschränken, lediglich Handlungsfähigkeit, -bereitschaft oder -kompetenz zu verbessern oder auch nur das politische Urteilsvermögen zu schärfen, vielmehr müssen diese Kompetenzen in praktisches Handeln und praktische Erfahrung eingebettet werden (ausführlich hierzu Widmaier 2009). Wichtig erscheint darüber hinaus, zivilgesellschaftliche Netzwerke als Gelegenheitsstrukturen legitimen bürgerschaftlichen Engagements oder auch Protests zuzulassen und positiv zu begreifen, nicht aber sie im Vergleich zu Jugendorganisationen, -vereinen, -verbänden oder Parteien als geringer zu bewerten. In der jüngeren Geschichte waren es ja gerade solche Netzwerke und Initiativen wie die Bürgerrechtsbewegung, die Anti-Atomkraft-Bewegung, die neue Frauenbewegung oder auch die Umweltbewegung, die enorme Veränderungen in der Gesellschaft angestoßen haben, die aber gerade nicht aus dem etablierten politischen System, sondern aus der Gesellschaft kamen.

## Literatur

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney 1963: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton: Princeton University Press.
- Arzheimer, Kai 2002: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Arzheimer, Kai 2006: Von „Westalgie“ und „Zonenkindern“: Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung. In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.): Sind wir *ein* Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: C. H. Beck, S. 212–234.
- Barber, Benjamin 1994: Starke Demokratie. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Der Bundeswahlleiter (Hrsg.) 2010: Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. Wiesbaden: Der Bundeswahlleiter.
- De Rijke, Johann 2009: Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener. Altes und Neues. In: Kaspar, Hanna/Schoen, Harald/Schumann Siegfried/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221–237.
- De Rijke, Johann et al. 2006: Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland – Ideal, Zufriedenheit, Kritik. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 3/2006, S. 335–352.
- Falter, Jürgen W. 2009: „Verfassungspatrioten“ oder „Schönwetterdemokraten“? Demoskopische Befunde 20 Jahre nach der „friedlichen Revolution“, Vortrag anlässlich des Hambacher Dialogs ([www.politik.uni-mainz.de/cms/falter.php](http://www.politik.uni-mainz.de/cms/falter.php), Zugriff zuletzt Oktober 2010).
- Fuchs, Dieter 2007: Politische Kultur. In: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart: Reclam Verlag, S. 220-223.
- Gabriel, Oscar W. 2007: Politische Unterstützung. In: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart: Reclam Verlag, S. 477-483.
- Gaiser, Wolfgang /Gille, Martina/de Rijke, Johann 2006: Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 211–234.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann 2009: Jugend, Demokratie und Politik – Entwicklungen seit der deutschen Vereinigung. In: Fegert, Jörg. M./Streck-Fischer, Annette/Freyberger, Harald J. (Hrsg.): Adoleszenzpsychiatrie. Psychiatrie und Psychotherapie der Adoleszenz und des jungen Erwachsenenalters. Stuttgart: Schattauer, S. 32–47.



- Gaiser, Wolfgang/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann 2009: Demokratielernen durch Bildung und Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 45/2009, S. 39–46.
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) 2000: *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland*. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske + Budrich.
- Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann 2006: *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger*. Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey 3. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.) 1995: *Jugend und Demokratie in Deutschland*. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoffmann-Lange, Ursula/de Rijke, Johann 2010: *Argumente und Daten zur Herabsetzung des Wahlalters*. In: Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane (Hrsg.): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 77–96.
- Hoffmann-Lange, Ursula/Gille, Martina 2008: *Jugend und Politik*. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 6. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 295–300.
- Keane, John 2009a: *Democracy failure*. In: *WZB Mitteilungen*, 124, S. 6–8.
- Keane, John 2009b: *The Life and Death of Democracy*. London/New York: W. W. Norton.
- Klingemann, Hans-Dieter 2000: *Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre*. In: Lauth, Hans-Joachim et al. (Hrsg.): *Demokratiemessung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 266–293.
- Leaman, Jeremy/Wörsching, Martha 2010: *Introduction: Youth Culture in Contemporary Europe*. In: Leaman, Jeremy/Wörsching, Martha (Hrsg.): *Youth in Contemporary Europe*. New York/London: Routledge, Taylor & Francis Group, S. 1–14.
- Pickel, Gert 2006: *Die ostdeutsche Jugend – im deutschen Vergleich besonders verdrossen oder auf dem Weg in eine gemeinsame politische Kultur?* In: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan W. (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“ Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 99–131.
- Reinhardt, Sybille 2002: *Schulische Anerkennung und demokratisches Lernen*. In: Krüger, Heinz-Hermann et al. (Hrsg.): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt*. Opladen: Leske + Budrich.
- Roth, Roland 2010: *Engagementförderung als Demokratiepoltik: Besichtigung einer Reformbaustelle*. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): *Engagementpolitik*.



Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 611–636.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.) 2010: Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich (Konzeption & Koordination: Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/TNS Infratest Sozialforschung). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Westle, Bettina 2009: „Die unpolitische Frau“ – ein Methodenartefakt der Umfrageforschung? In: Kaspar, Hanna/Schoen, Harald/Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen R. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179–201.

Widmaier, Benedikt 2009: „Die beste politische Bildung ist praktische Politik“ – Politische Bildung und politische Aktion. In: Praxis Politische Bildung, 13 (3), S. 165–172.